# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 66. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 19. März 1927


## Worte und Tatsachen.

Die „Halle der Wiederholungen" hat man den Reichstag genannt, lange noch, bevor so viel in dem weitläufigen Wallothaus in Berlin geredet wurde, wie es jetzt geschieht, vielleicht auch geschehen muß. Wenn aber heute eine deutsche Völkerbundbelegation nach getaner Arbeit müde und abgerackert von dem unendlichen Hin und Her innerhalb der vielleicht noch viel weitläufigeren Räume des Friedenspalastes nach Haus zurückkehrt, dann ist ihr Führer um die Rolle, die er hier zunächst wieder zu spielen hat, auch nicht gerade zu beneiden.

Die erste Pflicht, die ihn in der Heimat erwartet, ist natürlich der Vortrag beim Reichspräsidenten. Dann wollen Presse, Reichskabinett, der Auswärtige Ausschuß des Reichstages und dieser selbst von ihm unterrichtet werden, daneben gewiß auch noch diese oder jene Instanz der Partei, der der Außenminister angehört —, und wo er sich auch hinwendet, um zu erzählen, was alles gewesen und wie alles gekommen ist, überall ist es die gleiche Darstellung, die er zu geben und zu vertreten hat. Kann man sich da wundern, wenn ein vom Bureaukratismus so wenig angekränkelter Außenminister, wie wir ihn gegenwärtig haben, von Grausen gepackt wird bei der bloßen Vorstellung an diese zahllosen Leidensstellen, die es zu überwinden gibt, ehe er sich wieder ungestört sachlicher Arbeit widmen kann? Ist es ihm zu verdenken, wenn er sich zu gut dafür hält, um wie eine Grammophonplatte von Station zu Station herumgereicht zu werden, zumal bei einer Ratstagung, die nicht gerade Fragen von weltgeschichtlicher Bedeutung zu entscheiden hatte? Wie es diesmal Herrn Dr. Stresemann geht oder gegangen ist, kann es ein andermal einem mit dem Parlamentarismus vielleicht ungleich weniger eingespielten Vertreter des Deutschen Reiches ergehen. Hier liegt ein Notstand vor, an dessen Beseitigung alle Parteien, die guten Willens sind, das gleiche Interesse besitzen oder doch besitzen sollten. Dem Bedürfnis nach einigermaßen gründlicher Vereinfachung und Beschleunigung des ungeheuerlich angeschwollenen politischen Betriebes haben schon Männer der allerverschiedensten Parteien wiederholt Ausdruck gegeben; es wird aber höchste Zeit, aus dieser Erkenntnis endlich auch einmal die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

*

In das gleiche Kapitel gehört die Beschwerde eines anderen Kabinettsmitgliedes, des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, über die Art und Weise, wie die Herren Reichsboten diesmal bei der Beratung seines Haushaltsplanes verfahren seien. Mit wohlvorbereiteten Redeentwürfen seien sie auf die Reichstagstribüne gekommen, um ihrem Herzen Luft zu machen — leider ohne dabei auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen auf die Darlegungen und Vorstellungen, die im Laufe der Debatte vom Ministertisch aus zu den Fragen seines Ressorts gegeben worden waren. Mit anderen Worten: jeder spricht eben sein Sprüchlein herunter wie eine Grammophonplatte die Töne und Lieder hergibt, die ihr vorher einverleibt worden waren, die Welt mag sich inzwischen auch noch so sehr verändert haben. Von „Redeschlachten" kann natürlich unter solchen Sitten und Gewohnheiten schlechterdings nicht mehr gesprochen werden und der Parlamentarismus wird in Mißkredit gebracht. Der Stein der Weisen aber, der hier den richtigen Mittelweg anzugeben weiß zwischen einer auf dem Willen des Volkes aufgebauten Verfassung und den Notwendigkeiten des mit ungestümer Gewalt vorwärtsdrängenden Lebens für ein im Herzen Europas schwer um sein Dasein ringendes Sechzigmillionenvolk — er soll erst noch gefunden werden.

*

Zwischendurch sollte man sich aber immer wieder, unabgelenkt durch Grammophonplatten und Radiomusik und festliche Veranstaltungen der verschiedensten Art, der bitteren Tatsache erinnern, daß es im großen Ganzen noch bei weitem nicht gelungen ist, unserem Wirtschaftsleben denjenigen Aufschwung zu geben, der dem Elend unserer Arbeitslosigkeit endlich das Wasser abgraben könnte. Wir haben soeben in einem Reichstagsausschuß gehört, daß Reich und Staat und Gemeinden im vorigen Jahre nicht weniger als 1,3 Milliarden Mark zur Bekämpfung dieses entsetzlichen Notstandes ausgegeben haben, und für 1927 sind die Aussichten in dieser Beziehung auch nichts weniger als rosig. Wenn auch im Frühjahr die Zahl der Arbeitsuchenden wieder etwas heruntergeht, für die große Masse der unbeschäftigten Hände wird sich auf absehbare Zeit an ihrer traurigen Lage nichts ändern. Die soeben beendete Breslauer Frühjahrsmesse hat nicht befriedigend abgeschnitten und selbst die große Leipziger Ostermesse ist hinter den Erwartungen und Hoffnungen zurückgeblieben. Mag in der schlesischen Hauptstadt der immer noch fortwirkende Handelskrieg mit Polen von Einfluß gewesen sein, in Leipzig haben wir ein Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse geliefert bekommen und das zeigt leider recht unerfreuliche Züge.

Die neue Reichsregierung kann natürlich gar nicht der Zauberstab sein, der den vielverschlungenen Übeln unserer Tage etwa mit einem Schlag ein Ende machen könnte; auch jede anders zusammengesetzte Regierung würde der vom einzelnen Menschenwillen völlig unabhängigen Gewalt der Tatsachen gegenüber schwer genug zu ringen haben. Jeder, der bessere Zustände herbeiführen möchte, soll hier mithelfen, soviel er nur kann, und sich nicht auf eingelernte Klage- und Anklagereden beschränken, die man nachgerade wirklich schon von jeder Grammophonplatte ebensogut herunterleiern lassen könnte.

Dr. Sy.

# Wichtige Beratungen über die Aufwertungsfrage.

## Die Härten im Aufwertungsgesetz.

25 Millionen für Kleinrentnerfürsorge.

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat jetzt die Beratung der beim Reichstag eingegangenen Aufwertungsanträge begonnen. Von der Reichsregierung liegt ein Gesetzentwurf über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschulden vor. Der Entwurf hält an den Grundzügen der Aufwertungsgesetzgebung fest, enthält aber Bestimmungen, die bestehende Härten bei der Verzinsung von Hypotheken mildern, die mißbräuchliche Ausnutzung der Gesetzesvorschriften verhindern und dem Gläubiger die Befugnis erteilen wollen, die Umwandlung der Hypothek in eine Grundschuld zu beantragen.

Abg. Dr. Best begründete den von ihm eingebrachten Gesetzentwurf über die Umwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen. Nach diesem Entwurf soll bei Ansprüchen, die vor dem 1. Januar 1919 durch die Veräußerung eines Grundstücks entstanden sind, die Umrechnung durch das Verhältnis bestimmt werden, in dem nach der Absicht der Beteiligten der Erwerbspreis zum Wert des Grundstückes stehen sollte. Bei Industrieobligationen, Pfandbriefen, Rentenbriefen, Kommunalobligationen und anderen Schuldverschreibungen soll an die Stelle des Tages der Entstehung der Tag der Aufwertung treten. Der Entwurf verlangt auf dieser Grundlage die Umwertung aller Ansprüche, die auf vor dem 14. Februar 1924 begründeten Rechtsverhältnissen beruhen und eine Geldsumme zum Gegenstand haben, die durch die Inflation entwertet worden ist.

**Darauf erklärte Reichsjustizminister Hergt, die Reichsregierung wolle auf dem Gebiete der Kleinrentnerfürsorge 25 Millionen Mark zur Verfügung stellen zur Verstärkung der Bezüge. Der Rückgriff auf das sonstige Vermögen des Kleinrentners solle verhindert und ferner solle nach Möglichkeit bedürftigen Inhabern von aufgewerteten Hypotheken usw. durch Aufkauf ihrer Forderungen sofort Geld verschafft werden. Der Reichsfinanzminister beabsichtige, den Antrag Emminger (betreffend Barablösung der Auslosungsrechte von Personen über 65 Jahre, die nicht mehr als 3000 Mark Einkommen haben) durchzuführen und daneben in möglichst weitem Umfang bei Bedürftigkeit Vorzugsrenten zu gewähren.**

Der Minister erklärte weiter: Wie man auch vor 1½ Jahren zur Aufwertungsfrage gestanden habe, es müsse jetzt daran festgehalten werden, daß das vom Reichstag nach schweren Kämpfen geschaffene Aufwertungsgesetz ein Werk von Dauer bleibe. Dieses Gesetz habe wesentlich zur Festigung der Währung beigetragen und es habe den Gläubigern sehr reale Werte gebracht. Der im nächsten Jahre in Kraft tretende höhere Zinsfuß von 5 % für Aufwertungshypotheken werde die Lage der Gläubiger weiter verbessern.

Wenn in dem neuen Volksbegehren der Bevölkerung eine 100prozentige Aufwertung in Aussicht gestellt wird, so muß das eine bedenkliche Beunruhigung in die deutsche Bevölkerung tragen. Gegenüber diesen Forderungen zeigen die Wünsche der Juristischen Arbeitsgemeinschaft mehr Selbstbeschränkung, wenngleich die Regierung sich ihre Forderungen auch nicht überall zu eigen machen kann. Der Regierungsentwurf hält an den Grundlagen des Aufwertungsgesetzes fest. Die Regierung richtet an die Abgeordneten den dringenden Appell: Helfen Sie mit, daß nun endlich die neue Beunruhigung beseitigt wird!

### Erklärung der Regierungsparteien.

Für die Regierungsparteien gab hierauf Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die in der jetzigen Koalition vereinten Parteien dieselben seien, die 1925 die Aufwertungsgesetze geschaffen hätten. Sie seien sich schon damals klar gewesen, daß diese Gesetze mancherlei Härten im Gefolge haben würden, und begrüßten es daher, wenn die Reichsregierung durch Bereitstellung neuer Mittel den Geschädigten helfen wolle. An den Grundlagen der Aufwertungsgesetzgebung dürfe nicht gerüttelt werden. Die Regierungsparteien stellten sich hinter die Regierungsvorlage und würden alle weitergehenden Anträge ablehnen. Die Weiterverhandlung wurde auf Sonnabend vertagt.

## Verschiebung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Warschau, 18. März. Gesandter Rauscher ist heute erkrankt und muß das Bett hüten. Die Aufnahme der Verhandlungen zwischen ihm und dem Außenminister Zaleski mußte infolgedessen verschoben werden. Sie werden nicht vor Mitte der nächsten Woche aufgenommen werden.

## Italienische Verdächtigungen gegen Jugoslawien.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Rom, 18. März. Der Balkan-Sonderberichterstatter des Giornale d'Italia meldet beunruhigende militärische Vorbereitungen Jugoslawiens, nach denen eine allgemeine Mobilisation gegen Albanien vorgenommen werde. An allen Grenzen verstärke Jugoslawien seine Truppen, insbesondere aber an den albanischen und italienischen Grenzen. Gleichzeitig würden die meisten Brigade- und Divisions-Kommandeurstellen neu besetzt und eine militärische Organisation der Komitatschis durchgeführt. In aller Eile würden die Eisenbahnlinien und Chausseen Jugoslawiens ergänzt und umgebaut. So sei die wirtschaftlich unbedeutende Eisenbahnlinie Belgrad—Sienika zweispurig ausgebaut und die Militärstraße Belgrad—Kragujevoz—Kossovo unter Hinzuziehung der Bevölkerung zu den Arbeiten erneuert worden. In den Arsenalen sei die Arbeiterzahl verdreifacht. Im Auslande dränge Jugoslawien auf beschleunigte Lieferung von Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenständen. Alles weise auf eine unvorhergesehene Mobilisation hin. — Diesen Bericht kommentiert das Blatt dahin, daß die Nachrichten über diese jugoslawischen Rüstungen bis ins Einzelne kontrolliert seien. Unzweifelhaft sei in Jugoslawien eine Richtung am Ruder, die alles andere als einen Frieden auf dem Balkan und eine Freundschaft mit Italien beabsichtige. Unzweifelhaft sei aber auch, daß Jugoslawien bei dieser Politik der bewaffneten Faust und der verschleierten Provokation von einer anderen europäischen Macht unterstützt werde. Während man in Genf die Abrüstungskonferenz vorbereite, schüre Frankreich auf dem Balkan Mißtrauen gegen Italien und versuche, die Kleine Entente in einen Balkanblock zu verwandeln, um die italienische Balkanpolitik zu zerstören.

## Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die noch bestehenden Differenzen.

Nachdem das Protokoll über die Grundlagen für die Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages zwischen Frankreich und Deutschland nunmehr unterzeichnet ist, kann in die Einzelberatung eingetreten werden, sobald die jetzt geführten Verhandlungen über die Abänderung des Handelsprovisoriums, das bis zum 31. Mai läuft, abgeschlossen sind. Diese Verhandlungen betreffen die Forderung der Franzosen, ihnen schon ab 1. April die Einfuhr von Weinen nach Deutschland unter den gleichen Bedingungen, unter denen spanische und italienische Weine auf Grund der bestehenden Handelsverträge mit Spanien und Italien eingeführt werden können, zu bewilligen. Als Gegenleistung fordert die deutsche Wirtschaftsdelegation für die Dauer des Provisoriums für weitere Industrieprodukte als die, die in dem Handelsprovisorium eine begünstigte Stellung für die Einfuhr nach Frankreich einnehmen, ebenfalls Einfuhrmöglichkeit.

**Die Verhandlungen haben in den letzten Tagen einen normalen, nicht ungünstigen Verlauf genommen. Die Differenzen, die bestehen, betreffen, was Frankreich anbetrifft, die Höhe des zu bewilligenden Kontingents für die auszuführenden Weine, was Deutschland anbetrifft, die Bestimmung der deutschen Warengattungen, die bis zum 31. Mai nach Frankreich eingeführt werden können.**

Die Franzosen legen, wie „Matin" hervorhebt, einen besonderen Wert darauf, daß in dieses Handelsprovisorium die Einfuhr von Weinen aufgenommen wird, da sie sich, wie das Blatt erklärt, trotz der Unterzeichnung des Protokolls das Recht vorbehalten, das Provisorium am 21. März mit Wirkung zum 31. März zu kündigen, wenn bis dahin ein Einverständnis über die Weinfrage nicht erzielt werde.

## Heeres- und Rüstungssorgen.

### Angriff auf den deutschen Reichswehretat.

**Im Französischen Senat ergriff bei der Beratung der Nachtragskredite, die der Kriegsminister verlangt, der elsässische Senator Eccard das Wort, der das Steigen des Budgets der deutschen Reichswehr erörterte, deren Ausgaben von 450 Millionen im Jahre 1924 auf 700 Millionen im Jahre 1927 gestiegen seien. Die deutsche Handelsmarine sei eine Pflanzstätte für Offiziere geworden. Die jetzigen Regierenden in Deutschland könnten nicht genügend Garantien bieten, um Frankreich Vertrauen zu den friedensfreundlichen Erklärungen der deutschen Regierung an-**

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF